

10 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Ergänzungsbeilage usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag: Dittelsdorf, Chefredakteur: Georg Bernhard Verant
Redaktion: in dem d. Handlungsbüro, E. W. B. Berlin, Unter den Eichen 10
Anzeigenpreise werden auf schriftl. Verlangen, wenn Porto beiliegend

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullsteinstr. Am Dönhofs 9000-9068,
Telefon: Am Dönhofs 9008-9008, Teleogramm:
Adresse: Ullsteinhaus Berlin Postcheckkonto Berlin 660.

Wissl und Rheinengrenze.

Frankreich, England, Türkei.

Wie gehen die notwendigen internationalen Ausführungen unter französischer Verantwortung mit dem einen Vorbehalt, daß darin die Sentenzen der französischen Regierung nur zum türkischen Standpunkt betraffend sind. Man hat demgegenüber nicht übersehen, daß nach untern Vertrag die Franzosen dort die Willen Genetis-Bouillon nach Angora von vornherein mitbestimmen gesetzt wurde. So wurde verfehrt, daß (Franklin-Bouillon „keinen offiziellen Auftrag“ mitgenommen habe und daß die Regierung in Paris, während der Abwesenheit der „seiner Befehle, in Anwesenheit nicht daran dachte, eine aktive, geschweige aktive Politik gegen England in Westasien zu treiben.

Frankfurt, 4. Mai.

Die nachfolgende Darstellung der Ziele und Ergebnisse der Willen Franklin-Bouillons gibt die vorhergehende Meinung politischer türkischer Kreise wieder. Die sind der Ansicht, daß Frankreich auf seine Vertragsverpflichtungen im Mittelmeerraum noch nicht verzichtet habe und daß es insbesondere die Befestigung der Stellung Englands in Westasien, wie sie durch seinen Erfolg in der Moskauer Expedition käme, nicht durchgängig anfechten könne. Deshalb ist Franklin-Bouillon nach Angora gekommen, um das Verhältnis Frankreichs zur Türkei als zu der wichtigsten Stütze der französischen Orientpolitik auszubauen. Man verlangt hier diese Willen in gewisser Hinsicht mit der Forderung-Expedition des Generals Marchand. Das Ergebnis dieser Willen ist hinter den französischen Willen zurückzuführen.

Franklin-Bouillon kam mit dem Programm, hindende Abmachungen zwischen den beiden Staaten zu treffen, die in weit größerem Maße als der Angoravertrag das Geschäft beider Länder miteinander verknüpfen sollte. Abmachungen, die man nur als politischen und wirtschaftlichen Bündnisvertrag hätte bezeichnen können. Der Bündnisvertrag ist nicht zustande. Die Abmachungen, die Franklin-Bouillon mit Angora traf, sind nur von sekundärer Bedeutung, jedenfalls nicht so bedeutend, wie für die weiteren Schritte der türkischen Politik zu maßgebend, wie es ein militärisches und politisches Bündnis gewesen wäre. Eine prinzipielle Einigung in den Fragen der Entschärfung der französischen Befehle türkischer Staatsbehörden, der schon im Angoravertrag seitens Frankreichs verprochenen Gewährung lokaler Autonomie an die türkischen Minderheiten in Antiochia und Alexandrette, sowie der genaueren türkisch-französischen Grenzfestlegung dient wohl der franco-türkischen Freundschaft, obgleich das ihnen jedoch darüber hinaus größere Bedeutung beizumessen wäre.

Was von dem Bündnisplänen übrig geblieben ist — und daraus wird man zunächst größeren Vorteil ziehen als Paris — ist die Aufhebung Frankreichs, beim Ausbau des türkischen Wirtschaftskreislaufes nach Möglichkeit finanzielle, und in der Moskauer nach Möglichkeit politische Hilfe zu leisten. Dagegen kann Frankreich das türkische Botschaften, dauernd die Integrität des türkischen Staatsgebietes zu respektieren, und das Bewußtsein, eine spätere eventuelle Wiederaufnahme seiner türkischen Bündnispolitik gut vorbereitet zu haben, als ein Mittel, um sich in die türkische Politik zu engagieren, daß Frankreich sich in der Türkei praktisch eine politische, wirtschaftliche und finanzielle Monopolstellung (insbesondere im Gebiet der Paganabahn), ab-

Antwort an Oberst Bauer.

Von
Herrn Regierungsrat Dr. Hans Delbrück,
Professor an der Universität Berlin.

Im Herbst 1919 hatte ich mit Oberst Bauer eine längere Unterhaltung, bei der ich ihn u. a. nach dem Verhältnis zwischen dem Feldmarschall S. Hindenburg und General Ludendorff in der O. S. V. fragte. Ein gewisses Maß an Unklarheit über die General Ludendorff für jeden, der zu lesen versteht, in seinen „Kriegserinnerungen“ über sein Verhältnis zu dem Feldmarschall ersehen hat. Doch Herr Oberst Bauer seine Meinung heute, wo der Feldmarschall Reichspräsident geworden ist, zu ändern, ist er nicht unangebracht, und es gibt für ihn die Möglichkeit, daß er verurteilt habe, mit Hauptmann, daß es nicht eine „Hauptauftraggeber“ sei, bei einem Diner von rund 170 Dinersionen die Stellung einzelner Divisionen im Kopf zu haben. Wenn diese Erklärung eintrifft, dem will ich die Verantwortung davon nicht rauben. Im übrigen bin ich Befürworter einer Osnabrück-

Ich wie sie zeitweise Deutschland besetzt, gefordert habe, eintrifft, wie ich nunmehr feststellen läßt, keineswegs den Zuständen; ebenso wenig allerdings auch, daß daran gehandelt werden kann. England eine wirtschaftliche Vorrangstellung in den atlantischen Ozeanen, vorzüglich auf der Linie Moskau—Kontapel, zu gewährleisten.

Franklin-Bouillon wurde zurückgerufen, da Frankreich sich genötigt sah, den Druck auf die englische Zuspottung zu lockern, hauptsächlich um zu einem Kompromiß mit London in der Frage einer „Abänderung der Rheinengrenze“, wie die französischen Aufstellungen eintrifft, gelangen zu können. Die Ursache dafür, daß bei Frankreich diese Frage im gegenwärtigen Augenblick wichtiger als jede andere erscheint, ist nach türkischer Auffassung im Widerspruch der nationaldemokratischen Bewegung in Deutschland — die deshalb hier mit recht gemischten Gefühlen betrachtet wird — zu finden. Die Gründe sind ein bekannter türkischer Politiker drücklich aus, indem er sagte, Frankreich habe im Dilemma zwischen Geban und Frankreich natürlich das letzte Wort zu sprechen.

Moskauer-Vorschlag Englands.

Nachrichtenblatt der „Börsigen Zeitung“.

Frankfurt, 4. Mai.

Der türkische Gesandte in London, Selal Bey, traf in Angora ein. Er überbringt eine Mitteilung des türkischen Vorschlags in der Moskauer-Frage, der die Abänderung des türkischen Moskauer-Gebietes an die Türkei gegen Überlassung der Petroleumkonzeption an England, das heißt eine Entschärfungsumme an die Türkei bezieht, vorliegt. Wie Angelegenheit eine entscheidende türkisch-englische Verhandlung würden auch die türkischen Beziehungen aufgelöst werden, die Stelle des türkischen Vizekonsuls in London einen englischen Konsul zu übertragen.

Brandts Antwort.

Nachrichtenblatt der „Börsigen Zeitung“.

Paris, 4. Mai.

Die der „Matin“ mitteilt, wird der Außenminister Brandt noch im Laufe dieser Woche die an Deutschland über die Frage des Sicherheitsvertrages zu richtende Note fertigstellen. Gleichzeitig teilt das Blatt mit, daß die Note voranzuführen durchaus verheißend sei von derjenigen, die Herr Brandt in den letzten Tagen seiner Amtszeit fertig vorbereitet habe. Allerdings, erklärt das Blatt, seien in der letzten Zeit neue Schwierigkeiten aufgetreten, insbesondere prüfe man augenblicklich am Quai d'Orsay die Frage der Sicherheit Hollands, dessen fähigster Teil als Einflüsterer nach Belgien dienen könnte, im Fall Deutschland einen neuen Lebenslauf beabsichtigt. Am liebsten liegt jedoch die großen Schwierigkeiten der französischen Regierung hinsichtlich des Sicherheitsvertrages bestehen geblieben.

Am Sonnabend, den 4. Mai, beschäftigt der Finanzminister Caillaux dem Kabinett eine Analyse der Vorbereitung der fiskalischen Finanzreform zu unterbreiten. Am 12. Mai wird der Finanzminister Caillaux seine Finanzreformpläne in großer Linie vor der Finanzkommission der Kammer entwickeln.

Biographie und einer „Geschichte der Kriegsmacht“. Meine Biographie Ludendorffs Selbstporträt ist bereits vor drei Jahren erschienen, und er jetzt rüdt Herr Oberst Bauer mit seiner merkwürdigen Unternehmung unsere Gedächtnisse heraus. Die Biographie ist ihm damals nicht etwa unbekannt geblieben, sie enthält über ihn und seine zweite Weltstellung, nämlich daß er Anfang Oktober 1918 aus dem Hauptquartier nach Berlin gekommen sei, um die sofortige Abberufung des Generals Ludendorff zu verlangen, da dieser nicht die Herren verloren habe. Ein Vorgang, den Oberst Bauer in seinen „Kriegserinnerungen“ verständig verneint. Oberst Bauer bezieht diese Forderung, und zwar in der merkwürdigen Form, daß er sich über mich bei der philosophischen Fakultät befragt. Obgleich solche Dinge die Fakultät nicht das geringste angehen, so nehme ich doch aus meiner Aufgabe über unser Gedächtnis zu berichten. Die eine Sache lautet hingegen die Verifizierung der Gutachten der drei Oberbefehlshaber über die Katastrophe von 1918, die ja nun endlich erfolgen soll, wird nur zwei Verurteilungen werden. Die Oberst Bauer über die Verbindung des Feldmarschalls durch seinen eigenen Stab zurückzuführen.

Arbeitsgemeinschaft.

Von
Herrn Dr. Kohn,
Belehrer der „Börsigen Zeitung“.

Wien, 4. Mai.

Die Begründung der österreichischen Arbeitsgemeinschaft in Wien ist in einer Stunde erfolgt, in der es vielen Deutschösterreichern nicht ganz leicht fiel, dem neuesten Eintragsbuch der Reichsobersten zu begreifen. Die Bildung für die Vereinigung ist in Österreich nicht gerimges als im Reich; doch man beehrte einiger Tage der Überlegung, um der Romantik entzündlichen Augenblicke auf Kosten der Realpolitik zu machen. Die Neubildung der Arbeitsgemeinschaft hat eine ihrer Leistungen im deutschen Gebiet: Arbeitsgemeinschaft, wie dieses Österreichische durch die Wahl Hindenburgs erklärt, so auch gewissermaßen das Werden für die Vereinigung mit dem Reich. Man kann nicht dankbar für den neuen Ansehen sein, der heute das Ergebnis dieser Eintragsgemeinschaft für die deutsche Sache ist. Man ist aber in Österreich nicht gewillt, sich durch irgendwelche äußeren Einflüsse länger zum Schmeigen zwingen zu lassen. Dr. Stresemann hat wiederholt erklärt, daß Deutschland sich niemals bereitfinde, hinsichtlich Österreichs über die Friedensverantwortung unangenehme Verpflichtungen einzunehmen. In St. Germain wurde der Appell an den Völkerverstand vorgehen; aus England liegt die Berichtigung vor, daß man dort für ein ausdrückliches Ansehungsverbot nicht zu haben lie, und in Amerika wird man nicht nicht das neue Präzedenzfall durchgehende Genet Appellationsrecht einbringen lassen.

Die „Arbeitsgemeinschaft“, in der sich so viele bedeutende Österreichler zusammengeschlossen haben, hält sich vollends frei von den politischen Strömungen des Tages. Da es unmöglich die Aufgabenstellung bleibt, daß nahezu die Gesamtheit deutschösterreichischer Völkler in Österreich die Arbeit zu leisten, um am Tage der Erfüllung möglichst jede Vorbereitung getroffen zu haben. Daß die Arbeitsgemeinschaft, das Unternehmensein und vieles andere in Österreich und Deutschland Angliederung erfordern, daß die Arbeitsgemeinschaft aber die überlebende Klar wird, die für sie aus einem Ansehungsverbot der Forderung erweiterter, sich Erleichterungen bemüht — all das hat kein Friedensvertragswort verboten und kann kein äußeres Zwang auslösen. Brandt hat zu besser, weil Ansehungsverbot in Österreich nicht etwa Abberufung von anderen Ländern bedeuten sollte. Je mehr sich die gesamte Mittelmeerzone zu einer Arbeitsgemeinschaft entwickeln wird, je mehr werden die Bedenken fallen, die Österreich die kulturelle Unterlegenheit der Deutschen Österreichs mit denen des Reichs eine Bedrohung für die anderen Nationalitäten sein konnte. Aber da die deutschen Autarkie in Österreich heute gerade so wie die Arbeitsgemeinschaft unabhänglich zerrillt bedroht wird, um daß sich die heranziehenden Männer an die Arbeit begeben, um dort den Ansehungsverbot zu finden, wo sie ihn nach ihrem eigenen Wunsch und wo sie ihn allein finden können.

Geht die Hoffnungen und Entschlüsse der ersten deutschösterreichischen Volkswirtschaft, die als Artikel I der Versöhnung eintrifft annehmbar: „Auf die Arbeit“, um die Arbeit zu besser, weil Ansehungsverbot in Österreich nicht etwa Abberufung von anderen Ländern bedeuten sollte. Je mehr sich die gesamte Mittelmeerzone zu einer Arbeitsgemeinschaft entwickeln wird, je mehr werden die Bedenken fallen, die Österreich die kulturelle Unterlegenheit der Deutschen Österreichs mit denen des Reichs eine Bedrohung für die anderen Nationalitäten sein konnte. Aber da die deutschen Autarkie in Österreich heute gerade so wie die Arbeitsgemeinschaft unabhänglich zerrillt bedroht wird, um daß sich die heranziehenden Männer an die Arbeit begeben, um dort den Ansehungsverbot zu finden, wo sie ihn nach ihrem eigenen Wunsch und wo sie ihn allein finden können.

Als die Wahl Hindenburgs bekannt wurde, frohlockten die spärlichen deutschösterreichischen Völkler. Die österreichischen Sozialdemokraten unter ihre Ansehungsverpflichtungen fallen lassen würden. Die Antwort darauf ist deutschösterreichisch. In der „Arbeiter- und Zeitung“ und in denen der Reichsvereine wird erklärt, jeht erst recht, die Partei hatte zahlreiche Mitglieder, die sich für einen Ansehungsverbot in Wien eintrifft, um die Arbeit zu besser, weil Ansehungsverbot in Österreich nicht etwa Abberufung von anderen Ländern bedeuten sollte. Je mehr sich die gesamte Mittelmeerzone zu einer Arbeitsgemeinschaft entwickeln wird, je mehr werden die Bedenken fallen, die Österreich die kulturelle Unterlegenheit der Deutschen Österreichs mit denen des Reichs eine Bedrohung für die anderen Nationalitäten sein konnte.